

«Vaterland»-Jahresendinterview  
mit S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein

zur Publikation in der Grossauflage vom Mittwoch, 27. Dezember

---

*Mit S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein  
sprach Günther Fritz*

***Durchlaucht, wie lebt es sich im Moment mit Ihrer Familie in einem Schloss, an welchem innen und aussen umfangreiche Renovationsarbeiten durchgeführt werden?***

**Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein:** Es gehen natürlich mehr Leute aus und ein als sonst üblich und es hat zum Teil auch mehr Lärm. An diese Situation konnten wir uns aber seit zwei Jahren gewöhnen. Im Moment wird auch in einem Bereich gebaut, von dem wir nicht so sehr tangiert sind. Also insgesamt kommen wir trotz der verschiedenen Beeinträchtigungen ganz gut zurecht.

***Wie ist der Stand der Arbeiten? Werden Sie den traditionellen Neujahrsempfang, der diesmal in der Hofkellerei stattfindet, im Januar 2008 wieder auf Schloss Vaduz geben können?***

Wenn nicht etwas ganz Spezielles dazwischenkommt, sollte es im Januar 2008 wieder möglich sein, den Neujahrsempfang auf Schloss Vaduz durchzuführen. Der kommende Neujahrsempfang findet deshalb in der Hofkellerei statt, weil im Moment jener Trakt renoviert wird, in welchem wir die grossen Anlässe ausrichten.

***Sie sind Stellvertreter des Staatsoberhauptes, Vermögensverwalter, Familienvater usw. Wie darf man sich Ihren Tagesablauf in Bezug auf Ihre verschiedenen Funktionen vorstellen?***

Mein Tagesablauf sieht nicht viel anders aus als bei Leuten, die im Büro tätig sind. Zuerst sichte ich die eingehende Post. Danach studiere ich Akten oder führe verschiedenste Gespräche, sei es am Telefon oder im persönlichen Kontakt. Hinzu kommen Reisen und Auslandsaufenthalte. Je nach Andrang überwiegt der Aufwand einmal auf der staatlichen Seite und ein anderes Mal auf der privatwirtschaftlichen Seite. Manchmal kommt auch alles auf einmal auf mich zu. Grundsätzlich kann ich es mir aber ganz gut einteilen.

***Inwieweit bleibt Ihnen noch Zeit für die Pflege von Hobbys?***

Dafür bleibt schon noch Zeit. Ich habe mich im Vergleich zu früher bewusst auf der privatwirtschaftlichen Seite etwas zurückgenommen, damit ich ausreichend Zeit für die öffentlichen Aufgaben und für meine Familie habe. Die Hobbys, die für mich ein Ausgleich sind, dürfen auch nicht zu kurz kommen.

***Wie sieht Ihre persönliche Bilanz nach rund zweieinhalb Jahren im Amt als Stellvertreter des Landesfürsten aus?***

Mit den letzten zweieinhalb Jahren bin ich zufrieden. Ich bin auch erfreut, dass in Bereichen, die ich als besonders wichtig erachte, nun gewisse Reformen ins Rollen gekommen sind. Dabei denke ich besonders an die Bereiche Bildung und Steuern. Grundsätzlich bin ich sehr zuversichtlich, dass es in den nächsten Monaten und Jahren im positiven Sinne weitergeht.

***Wie läuft die Zusammenarbeit mit der Koalitionsregierung?***

Die Zusammenarbeit mit der Regierung läuft gut, wahrscheinlich besser als innerhalb der Regierung, wo es da und dort zu Reibungsverlusten kommt, welche für einen Aussenstehenden eher unnötig wirken. Grundsätzlich kann man mittlerweile aber schon feststellen, dass es gelungen ist, die eine oder andere wichtigere Reform umzusetzen oder zumindest schon anzustossen, so im Bereich der Entflechtung von Gemeinde- und Landesaufgaben, bei der IV sowie bei der Bildung oder den Steuern.

***Durchlaucht, in Ihrer Ansprache anlässlich des letzten Staatsfeiertags haben Sie den thematischen Schwerpunkt auf die Bildungsreform gelegt und erklärt, dass Sie das Projekt «Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe I» (SPES I) unterstützen. Wie beurteilen Sie die diesbezügliche aktuelle Entwicklung?***

Ich finde es positiv, dass man sich nach der zeitlichen Verzögerung, die es aufgrund verschiedener politischer Ansichten gegeben hat, jetzt doch noch grundsätzlich auf die Einführung von Profilschulen auf der Sekundarstufe I geeinigt hat. Allerdings besteht weiterhin Uneinigkeit, was alles eine Profilschule sein kann.

***Wie schon im Lenkungsgremium zum Projekt SPES I hat sich auch in der öffentlichen Diskussion als Knackpunkt die Frage erwiesen, ob und in welcher Form am jetzigen Standort nach wie vor eine gymnasiale Unterstufe geführt werden soll. Braucht Liechtenstein auch in Zukunft ein Langzeitgymnasium?***

Diese Frage soll jetzt im Rahmen eines Art Vernehmlassungsprozesses weiter analysiert werden. Ich kann jedenfalls nicht nachvollziehen, warum nicht das Untergymnasium als eigenes Profil im Sekundarschulbereich zugelassen werden soll. Ich denke, dass es andere Möglichkeiten gibt, bei der Profilentwicklung der Sekundarschulen den Startvorteil des heutigen Gymnasiums einzudämmen, ohne dass man gleich wieder planwirtschaftlich agieren und das Untergymnasium verbieten muss:

- Man kann die Anzahl der Schüler beim Gymnasium für eine Übergangszeit auf die heutige Anzahl einfrieren.
- Man kann verlangen, dass sich die Schüler des Untergymnasiums genauso für das Obergymnasium qualifizieren müssen, wie jene der anderen Sekundarschulen.
- Man kann ein zweites Obergymnasium einführen. Meiner Ansicht nach angesichts der zunehmenden Maturaerfordernis für alle möglichen Arbeitsstellen sowieso ein sinnvoller Schritt.
- Und man kann während einer Übergangsphase die anderen Sekundarschulen bei der Erstellung ihrer Profile verstärkt unterstützen.

Ausserdem darf man nicht vergessen, dass die Umstellung auf Profilschulen bei freier Schulwahl den anderen Sekundarschulen auch Vorteile im Vergleich zum Gymnasium gibt:

- Im Sekundarschulalter sind die kürzeren Wege zur lokalen Sekundarschule ein beträchtlicher Startvorteil. Es werden sich viele überlegen, ob sie den Weg zum Gymnasium nach Vaduz auf sich nehmen wollen, wenn sie auch in ihrer vertrauten Umgebung gymnasialen Unterricht erhalten können.
- Für viele Schülerinnen und Schüler wird es zudem attraktiver sein, nach der Primarschule ohne Aufnahmeprüfung in eine Profilschule zu wechseln, während für den Eintritt ins Liechtensteinische Gymnasium dann sicherlich eine Aufnahmeprüfung notwendig sein wird.

Man darf die liechtensteinischen Schulen auch nicht isoliert betrachten. Würden wir das Gymnasium zuerst einfach einmal zerschlagen, ohne schon attraktive Profile für die Sekundarschulen zu haben, würde wohl ein beträchtlicher Teil der Schüler nicht eine Sekundarschule in Liechtenstein auswählen, sondern ins Ausland ausweichen. Viel besser wäre es, die Sekundarschulen würden attraktive Profile entwickeln, um die immer grösser werdende Anzahl von Schülern, die in ausländische Gymnasien abwandern, zurückzugewinnen.

Wenn wir schon von vornherein das Vollgymnasium als eigenes Profil verbieten, dann ist das wiederum ein zentralplanerischer Ansatz, bei dem ich grundsätzliche Bedenken habe. Es würde doch dem Gedanken eines

fruchtbaren Wettbewerbs widersprechen, wenn beim ersten Reformschritt das Signal ausgesendet wird, es lohnt sich, denjenigen, der vermeintlich besser ist, mit Hilfe der anderen schlechter zu machen. Das Signal sollte vielmehr sein, die Anstrengungen darauf zu konzentrieren, einen möglichst guten Unterricht anzubieten. Deshalb glaube ich, dass die Aufhebung des Unterstufengymnasiums dem ganzen Projekt mehr schaden als nützen würde.

***Die Leitungen der Realschulen haben sich bereit erklärt, Profile zu entwickeln und sich dem Wettbewerb zu stellen. Ein fairer Wettbewerb finde aber nur dann statt, wenn jedem der Standorte die gesamte Leistungsbandbreite der Schülerinnen und Schüler zugeteilt wird. Was sagen Sie zu dieser Argumentation?***

Ein Wettbewerb ist grundsätzlich dann fair, wenn die Regeln für alle gleich sind, und dies sind sie auch mit einem Untergymnasium. Wenn eine Fussballmannschaft bessere Spieler rekrutieren konnte und am Ende der Saison den ersten Platz belegt, dann wird sie doch auch nicht mit Beginn der nächsten Saison einfach aufgelöst, weil sie vielleicht mit einem Vorteil starten kann. Es ist vielmehr so, dass sich die anderen Mannschaften überlegen, wie sie noch attraktiver werden können, um gute Spieler zu rekrutieren und möglichst gut abzuschneiden.

Dies sollte die Haltung der Sekundarschulen sein. Sie sollten die Möglichkeiten sehen, die in den neuen Freiräumen liegen, und mit Selbstvertrauen die Chancen zum Wohle ihrer Schüler ergreifen. Dann stellt sich der Erfolg von selbst ein. Diejenigen Trainer, die ihre Zeit verbringen, sich über die anderen zu beklagen, sind nicht erfolgreich. Erfolgreich sind vielmehr jene, die nach vorne blicken und konsequent am Erfolg arbeiten. Die Sportschule hat es vorgemacht, dass man mit einem attraktiven Profil dem Gymnasium Gymnasiasten abwerben kann.

***Welche Schüler hätten dann nach welchen Kriterien aber das Privileg, direkt ins Langzeitgymnasium einzusteigen?***

Im Grunde genommen muss bei einem Profilschulsystem mit freier Schulwahl das Gymnasium selbst bestimmen, nach welchen Regeln es die Schüler aufnimmt. Es ist heute bekannt, dass es durchaus gut für den Unterricht sein kann, wenn man nicht nur die Hochbegabten beieinander hat, sondern eine gesunde Mischung anstrebt. Es kann also durchaus möglich sein, dass das Gymnasium künftig nicht nur diejenigen aufnimmt, die nach den heutigen Kriterien ins Gymnasium gekommen wären.

Ausserdem gibt es sicher auch etliche Eltern, die mit dem Angebot des Gymnasiums nicht zufrieden sind und es künftig bevorzugen, ihr Kind in einen

gymnasialen Zug an der wohnortnahen Profilschule zu schicken. Ich habe das Gefühl, dass wir noch zu sehr vom Status quo aus denken und noch nicht alle Möglichkeiten und Freiräume, die in der Zukunft bestehen werden, ausreichend berücksichtigen.

***Welche besonderen Chancen sehen Sie, wenn der derzeitige Selektionszeitpunkt am Ende der fünften Klasse Primarschule um drei Jahre hinaufgeschoben würde?***

Wenn wir unser heutiges auf Quoten basierendes Zuweisungssystem in die Sekundarschulen abschaffen, sehe ich vor allem zwei Vorteile: Erstens gibt es dem einen oder anderen Kind die notwendige Zeit, um eine reifere Entscheidung treffen zu können, ob es den Bildungsweg über das Oberstufengymnasium oder über eine Berufsausbildung wählen will. Zweitens fällt in der 4. und 5. Klasse Volksschule die Selektionslast weg, sodass die Lehrkräfte sich darauf konzentrieren können, die Kinder bestmöglich zu fördern.

Beides wird durch die Einführung von Profilschulen mit freier Schulwahl gewährleistet. Selbst wenn das Profil „Untergymnasium“ erlaubt ist, fällt die Selektionslast in der Volksschule weg. Zwar würde das Untergymnasium voraussichtlich einen Aufnahmetest verlangen. Dies wäre aber nicht mehr die Aufgabe der Volksschule. Ist das Kind schon nach der Volksschule sicher, dass es den gymnasialen Weg wählen möchte, dann kann es schon den Entscheid Richtung Untergymnasium treffen. Möchte sich das Kind erst später entscheiden, wählt es eine andere Sekundarschule.

***Was würde die Schaffung von Profilschulen für die heutigen Oberschüler bedeuten?***

Ein grosser Vorteil der Profilschulen ist, dass die Oberschüler nicht mehr ausgegrenzt werden. Sie besuchen dann eine Profilschule, an der Schüler aller Leistungsniveaus unterrichtet werden. Allerdings darf man sich diesbezüglich auch keinen Illusionen hingeben. Die Arbeitgeber werden bald einmal auch aus dem neuen System herauslesen, welches die guten und weniger guten Arbeitskräfte sind. Aber die heutige Stigmatisierung von Oberschulabsolventen fällt dann weg. Und die Förderung von bestimmten Fähigkeiten kann gezielter an die Hand genommen werden. So können Profilschulen zum Beispiel Schülern mit besonderen handwerklichen Fähigkeiten künftig ein entsprechendes Profil anbieten.

***Wie beurteilen Sie die Notwendigkeit eines Schulzentrums Unterland II in Ruggell für eine eventuelle sechste Profilschule auf der Sekundarstufe I?***

Es ist sicher gut, wenn wir das Schulkonglomerat im Bereich Mühleholz nicht noch weiter anwachsen lassen. Wenn ein Schulkörper zu gross wird, nehmen die Schwierigkeiten in Bezug auf Disziplin und Aufsicht zu. Wenn eine Schule auf der anderen Seite zu klein ist, muss wiederum die Kostenfrage geprüft werden. Grundsätzlich bin ich eher ein Anhänger von Schulen, die zwar eine gewisse kritische Grösse erreichen, aber nicht zu gross sind. Ich bevorzuge es, wenn es an mehreren Standorten übersichtliche Schulen gibt und dem Grossteil der Schüler wohnortnahe Schulen angeboten werden können. Wenn eine ausreichend grosse Nachfrage nach einem Standort Ruggell feststellbar ist, wäre ein solches sechstes Schulzentrum somit sicher positiv.

***Der Landtag hat im November den von der Regierung vorgeschlagenen Weg gutgeheissen, wonach private Gymnasien analog zur eidgenössischen Matura mit einer vom Staat durchgeführten «Outputkontrolle» abgeschlossen werden können. Das bedeutet im Moment vor allem grünes Licht für die Erweiterung der Privatschule «formatio» um ein Oberstufengymnasium. Was halten Sie davon?***

Das begrüsse ich sehr. Denn einerseits wird mit der „Outputkontrolle“ weiterhin von staatlicher Seite dafür gesorgt werden, dass eine in Liechtenstein erworbene Matura das staatliche Gütesiegel bekommt und international anerkannt wird. Andererseits ist es gut, wenn das Liechtensteinische Gymnasium keine Monopolstellung hat. Gerade wenn die Sekundarschulen ebenfalls Gymnasialzüge anbieten, ist es sinnvoll, wenn es mehr als ein Oberstufengymnasium gibt. Ich würde es begrüssen, wenn sogar noch ein drittes Oberstufengymnasium kommen würde. Denn ich könnte mir denken, dass die Formatio mit dem bilingualen Weg für gewisse Schülerinnen und Schüler sehr attraktiv ist, für andere aber vielleicht weniger.

***Gemäss einer Evaluation des reformierten Oberstufengymnasiums steht ein Vorschlag im Raum, zwei Stunden Ethikunterricht zu streichen und die Fachinhalte in andere Fachbereiche wie «Philosophie» oder «Religion und Kultur» zu integrieren. Welchen Stellenwert hat für Sie das eigene Fach «Ethik»?***

Aus meiner Sicht ist das eine Frage, die das Oberstufengymnasium für sich selbst beantworten sollte. Die staatlichen Vorgaben sollte man während der nicht schulpflichtigen Zeit auf die eben erwähnten „Outputkontrolle“ und die Verhinderung von Missbräuchen wie das Unterrichten eines staatschädigenden Fundamentalismus beschränken.

***Welche Aufgaben werden im Zuge einer umfassenden Bildungsreform auf das Schulamt künftig zukommen?***

Das Schulamt wird in gewissen Bereichen loslassen müssen und den Profilschulen ihre Freiräume geben und ihnen entsprechend Aufgaben übertragen müssen. Dabei wird es wichtig sein, den Schulen auch genügend Vertrauen zu schenken. Dies habe ich am Beispiel Holland gesehen. Dort sind die Schulen seit über hundert Jahren vollkommen autonom. Der Staat schreibt sogar nicht einmal Lehrpläne vor.

Andererseits hat das Schulamt weiterhin viele, wichtige Aufgaben zu erfüllen und es kommen neue hinzu: So wird das Schulamt ganz generell durch Aufsichts- und Kontrollfunktionen die Bildungsinteressen der Einwohner Liechtensteins sowie die Funktionstüchtigkeit des Bildungsstandortes gewährleisten müssen. Dabei muss es insbesondere beobachten, dass die Schulen ihre neuen Freiräume nicht missbrauchen und dass gewisse Mindeststandards eingehalten werden. Das Schulamt wird die Regierung bei der Genehmigung von öffentlichen Schulen unterstützen sowie die Einhaltung der Genehmigungsvoraussetzungen während des Betriebs der Schulen kontrollieren müssen. Es wird den neuen Bildungsmarkt beobachten und den Wettbewerb zwischen den Schulen sichern müssen. Wo nötig, wird es Rahmenlehrpläne für Pflichtfächer vorgeben müssen.

Wichtige neue Bereiche werden auch die Regelung zur öffentlichen Berichterstattung der Schulen, die Entgegennahme der Berichte der Schulen sowie das Ausarbeiten eines neuen Finanzierungssystems sein.

Dem Schulamt wird auch in Zukunft die Aufgabe obliegen, die liechtensteinischen Interessen im internationalen Rahmen sicherzustellen. Ich denke dabei zum Beispiel an die Möglichkeiten der EU-Bildungsprogramme oder an die Anerkennung der liechtensteinischen Matura im Ausland. Ich gehe davon aus, dass dem Schulamt künftig viel stärker die Rolle des Coaches zukommen wird, der die Schulen bei ihrer Profilbildung an gute Ideen heranführt.

***Welche Konsequenzen haben die Stärkung der Autonomie der einzelnen Bildungsinstitute und die dezentrale Wahrnehmung von Verantwortlichkeiten auf das Finanzierungssystem für die Schulen?***

Ein Profilschulsystem mit freier Schulwahl bedeutet auch ein Abschaffen unseres heutigen Zuweisungssystems an die einzelnen Sekundarschulen nach Quoten. Dies hat zur Konsequenz, dass in Zukunft nicht mehr die Schüler gemäss den Finanzmitteln zugewiesen werden, sondern die Finanzmittel den Schülern folgen müssen, was meiner Ansicht nach sowieso der sinnvollere Ablauf ist. Dies kann dann grundsätzlich auf verschiedene Weise erfolgen:

- die Schulen erhalten vom Staat pro Schüler und Schulstufe einen gewissen Betrag, ohne dass die Eltern oder Schüler darüber informiert werden;
- die Eltern erhalten diesen Betrag als Gutschein und lösen diesen dann bei der gewählten Schule ein oder
- man geht einen Mittelweg in der Form von individuellen Bildungskonten, auf die jährlich der entsprechende Betrag vom Staat überwiesen und dann an die gewählte Schule weitergeleitet wird.

Die beiden letzten Varianten haben den Vorteil, dass die Transparenz erhöht und die Position der Eltern gestärkt wird.

### **Wie wird es jetzt nach Ihrer Einschätzung in der Bildungsreform weitergehen?**

Man wird jetzt die Stellungnahmen zum Bericht der Arbeitsgruppe SPES I abwarten. Dann wird man den entsprechenden gesetzlichen Rahmen erarbeiten. Gewisse Arbeiten werden begleitend zur Vernehmlassung schon laufen können. Wichtig ist, dass man die Sekundarschulen auf ihre neuen Aufgaben, die mit der Autonomie kommen, richtig vorbereitet und ihnen bei der Ausarbeitung ihrer Profile die bestmögliche Unterstützung bietet. So kann erreicht werden, dass die grossen Chancen genutzt werden, die in den verschiedensten Profilaspekten liegen. Denn die Profile sollten viel mehr sein, als einfach einige Wahlfächer einzuführen.

### ***Für ein anderes für Sie wichtiges Reformvorhaben, die Modernisierung des Steuerrechts, hat die Regierung mit der Bildung einer Arbeitsgruppe den Startschuss gegeben. Welche grundsätzlichen Ziele sollten nach Ihrer Ansicht dabei verfolgt werden?***

Ich finde es positiv, dass nun eine entsprechende Arbeitsgruppe eingesetzt wurde. Meines Erachtens konnten dafür auch sehr qualifizierte Leute gewonnen werden. Bezüglich der grundsätzlichen Ziele wiederhole ich gerne, was ich in der Vergangenheit zu den Kriterien eines zukunftssträchtigen Steuersystems gesagt habe: Das Steuersystem sollte möglichst einfach und fair sein und die verschiedensten Arten von Einkommen möglichst gleich erfassen und belasten. Die Vereinfachung sollte auch eine grosse Effizienz in dem Sinne mit sich bringen, dass das Steuersystem von der Verwaltung einfach zu handhaben ist und die Steuerformulare vom Bürger problemlos auszufüllen sind.

Auch sollte es international kompatibler werden und neue Vorteile bringen, die dem Wirtschaftsstandort eine zusätzliche Dynamik verleihen.

Weiter sollte das Steuersystem möglichst entscheidungsneutral gestaltet werden, das heisst, dass ich eine Entscheidung aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen treffen kann und nicht anders entscheiden muss, weil das Steuersystem so konstruiert ist, dass es sonst nachteilig wäre.

Schliesslich soll es eine möglichst grosse Planungssicherheit gewährleisten. Das heisst, es soll ein Steuersystem geschaffen werden, das in den nächsten Jahrzehnten in seinen Grundsätzen nicht mehr angepasst werden muss.

***Inwieweit können nach Ihren Vorstellungen «Flat Tax»- bzw. «Flat Rate Tax»-Modelle bei der anstehenden Steuerreform eine Rolle spielen?***

Auch solche Modelle sollten in die Überlegungen miteinbezogen werden. Wenn man ein Steuersystem einfach gestalten möchte, ist ein einheitlicher Steuersatz natürlich ein zentraler Aspekt. Es ist nun einmal ein Steuersystem einfacher, wenn es nur einen Steuersatz hat. Man kann das durchaus auch gerecht gestalten, indem man entsprechend hohe Freibeträge gewährt und dadurch diejenigen mit niederen Einkommen kaum oder überhaupt keine Steuern zahlen müssen.

Neben der Einfachheit bringt eine «Flat Rate Tax» aber auch noch andere Vorteile:

- Die Ehegatten- und Lebenspartnerbesteuerung ist einfacher und gerechter.
- Es gibt nicht die Problematik einer kalten Progression in einem «Flat Rate»-System».
- Auch so genannte Steuerfallen gibt es nicht: Bei einer Flat Rate kann es nicht passieren, dass sich jemand anstrengt, eine Gehaltserhöhung erhält oder sonst wie zu mehr Einkommen gelangt, und am Schluss nach Steuern schlechter dasteht wie zuvor. Eine Situation, die z.B. immer wieder bei Grenzgängern zu beobachten ist, bei in Liechtenstein Wohnhaften aber zum Glück noch nicht.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass Steuersysteme mit einer Flat Rate heute zu den fortschrittlichsten zählen.

***Inwieweit sind Sie seitens der Regierung in die Revision des Stiftungsrechts eingebunden?***

Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher hat mich über den aktuellen Stand der Stiftungsrechtsrevision informiert.

Es wurde ein erster Entwurf in der Regierung besprochen, den mir der Regierungschef-Stellvertreter in seinen Grundzügen vorgestellt hat. Dabei habe

ich den Eindruck gewinnen können, dass jetzt etwas kommt, das in die richtige Richtung geht.

Dies ist erfreulich, weil eine Revision des Stiftungsrechts drängt. Nicht zuletzt auch aufgrund von Änderungen in der Rechtsprechung ist eine gewisse Unsicherheit entstanden. Als nächsten Schritt wird es wichtig sein, den Entwurf nochmals eingehend zu prüfen. Denn wir sollten uns nicht einen dritten Anlauf zur Revision des Stiftungsrechtes leisten.

***Wie sehen Sie den zeitlichen Horizont?***

Ich gehe davon aus, dass der Revisionsentwurf im ersten Quartal des nächsten Jahres veröffentlicht werden kann. Dies wäre ein wichtiger Schritt für den Finanzplatz. Denn ich glaube, dass doch viele potenzielle Kunden, die wegen der ganzen Diskussion zur Stiftungsrechtsreform heute noch zuwarten, dann wieder für den Finanzplatz gewonnen werden können.

***Der Landtag hat im Dezember mit 21 Stimmen ein Postulat überwiesen, worin die VU-Fraktion die Regierung auffordert, einen Corporate-Governance-Bericht für staatliche Unternehmen zu erstellen. Wie sinnvoll würden Sie die Festlegung eines eigenen «Liechtenstein Code of Best Practice for Corporate Governance» finden?***

Eine gute Corporate Governance für öffentliche Unternehmen halte ich für sinnvoll. Dieser Ansatz hat sich auch in anderen Staaten bewährt. Allerdings muss man auch Acht geben, dass man die Regeln nicht zu kompliziert gestaltet. Denn je komplizierter die Regeln sind, desto weniger werden sie nachgelebt und desto mehr Kosten fallen beim Kontrollieren an. Wichtig ist vor allem Folgendes:

- Gute Regeln für die Besetzung der Verwaltungsräte, damit diese nicht aufgrund von Parteibuch, sondern wegen ihrer Qualifikation gewählt werden.
- Eine gute Berichterstattung, damit die notwendigen Informationen vorhanden sind, um die richtigen Entscheide zu treffen.
- Gute Kontrollorgane, die die Einhaltung von Corporate Governance-Regeln überprüfen, damit diese nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben.

Nach meiner Ansicht wäre es sinnvoll, diese Regelungen nicht nur bei den öffentlichen Unternehmen anzuwenden, sondern auch ganz generell im öffentlichen Sektor.

In diesem Zusammenhang sehe ich auch die Frage einer wirklich unabhängigen Finanzkontrolle als sehr wichtig an. Eine solche unabhängige Finanzkontrolle muss prüfen, ob den Regeln auch nachgelebt wird.

***In den letzten Jahren war immer wieder davon die Rede, dass es strukturelle Bereinigungen braucht. Diesem Anliegen wurde zum Beispiel mit der IV-Revision Rechnung getragen. Neuerdings zeichnen sich familienpolitische Massnahmen ab, die dem Staat aber wiederum mehr Beitragsleistungen abfordern werden. Bedeutet effektive und effiziente Familienpolitik automatisch ein Ausbau des Sozialstaates?***

Es ist nicht zu vermeiden, dass wir uns die Familie etwas kosten lassen müssen. Denn auf ihr bauen Gesellschaft und Staat auf. Die Familie ist auch für den Nachwuchs verantwortlich, den wir im Zeitalter der alternden Gesellschaft so dringend brauchen. Vor diesem Hintergrund kann die staatliche Unterstützung der Familien auch als Investition in die Zukunft gesehen werden.

Natürlich muss man sich dabei überlegen, wie man die Familien möglichst kostengünstig unterstützen kann. Daher sollten wir auch Initiativen überlegen, die zu einer vermehrten Freiwilligenunterstützung für Familien führen. Denn alles, was wünschbar wäre, werden wir nicht finanzieren können.

***Wie ist die Hilfe durch die Beratungsstelle der «Sophie von Liechtenstein Stiftung für Frau und Kind» in Feldkirch bisher von Frauen in Not angenommen worden? Welche erste Bilanz können Sie als Geldgeber ziehen?***

Die Beratungsstelle funktioniert erstaunlich gut. Schon viele Frauen haben sie besucht, nicht nur aus Vorarlberg, sondern auch einige aus Liechtenstein. Es konnte zudem in verschiedensten Situationen schnell und unbürokratisch geholfen werden. Meine Erwartungen sind schneller erfüllt worden, als ich ursprünglich gedacht habe.

***Die Minarett- und Friedhofsdiskussion im Zusammenhang mit der Integration von Muslimen hat inzwischen auch in Liechtenstein Einzug gehalten. Wie beurteilen Sie die diesbezüglichen Möglichkeiten für Muslime in Liechtenstein?***

Auch in Liechtenstein haben wir muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass sie sich bei uns, gerade auch was den religiösen Teil betrifft, gut aufgehoben fühlen. Es ist positiv, dass die Regierung, die Behörden und andere verstärkt Schritte zur Integration der Muslime unternehmen.

Vor allem hinsichtlich der Integration der Muslimen wird die Frage der Rolle der Religionsgemeinschaften und des Religionsunterrichts Bedeutung

gewinnen. Nicht zuletzt auch aus diesem Grunde sollten wir bald die Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Staat neu regeln.

***Welche politischen Meilensteine sollten seitens der Koalitionsregierung im Jahr 2007 gesetzt werden?***

Ich erhoffe mir, dass einige wichtige Reformen abgeschlossen werden, insbesondere die Reform des Stiftungsrechts, des Gerichtsorganisationsgesetzes und des Staatspersonalgesetzes, und dass bereits initiierte Reformvorhaben erfolgreiche Schritte nach vorne machen, speziell die Bildungs- und die Steuerreform.

Auch in der Frage des Finanzausgleiches zwischen Land und Gemeinden sollten wir im nächsten Jahr weiterkommen. Die diesbezüglichen Diskussionen in den letzten Monaten zeigen in die richtige Richtung.

In der Gesundheitspolitik ist es erfreulich, dass sich die Koalitionsparteien auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnten. Es wäre sicher schön, wenn man den einen oder anderen Aspekt bereits erarbeiten und umsetzen könnte.

Im aussenpolitischen Bereich geht es in erster Linie um die Regelungen, die im Zusammenhang mit der geplanten Assoziation zu Schengen/Dublin eingeführt werden müssen, sowie um die Umsetzung der Geldwäscherei-Richtlinien und um die Verhandlung eines Betrugsabkommens mit der EU. Ausserdem müssen wir mit den USA Verhandlungen führen, um für die Unternehmen des Finanzplatzes den QI-Status sichern zu können.

***Durchlaucht, was wünschen Sie sich persönlich und für die liechtensteinische Bevölkerung zum neuen Jahr?***

Persönlich wünsche ich meiner Familie und mir, dass wir zufrieden sind und jeder das, was er sich für 2007 vornimmt, auch umsetzen kann. Für das Land und die Bevölkerung erhoffe ich mir, dass es uns gemeinsam gelingt, in den Bereichen, wo man jetzt Reformen ins Rollen gebracht hat, etwas wirklich Zukunftsträchtiges auf die Beine zu stellen.